

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Hochmut kommt vor dem Fall – und geht meist dann politisch schief, wenn eine Regierung versucht, **Gesetze gegen den Willen von mehr als 80 Prozent ihrer Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen**. Genau das hat die Ampelkoalition mit



Habecks hoch umstrittenem Heizungsgesetz versucht – und ist vergangene Woche vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden. Gott sei Dank, denn mit ihren vollkommen überzogenen Gesetzentwürfen bringt die Ampel Wohlstand und Eigentum von Kommunen und Bürgern in große Gefahr.



Die Abgeordneten (v.l.) **Hans Friedl**, **Alexander Hold** und **Bernhard Pohl** bei der Pressekonferenz zum Stopp des Heizungsgesetzes am 6. Juli im Landtag. Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Millionen Menschen werden sich den erzwungenen Heizungs austausch und die durch Sanierungspflichten verursachten Mehrkosten nicht leisten können.

Dagegen haben wir von Anfang an protestiert und hoffen nun darauf, dass Berlin zu einer Politik mit gesundem Menschenverstand

zurückkehrt.

Es gibt noch mehr Erfreuliches aus dem Maximilianeum zu berichten: Die **Verdopplung der Feuerwehrförderung** etwa, die wir unserem Koalitionspartner abgerungen haben. Und apropos Geld: **Mit rund 9,8 Milliarden Euro schultert Bayern auch in diesem Jahr mehr als die**

Hälfte des gesamten deutschen Länderfinanzausgleichs – das darf so nicht bleiben. Was wir hierzu auf den Weg gebracht haben, lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Rückblick

Massive Aufstockung der Feuerwehrförderung zum 1. Juli 2023: Echte Wertschätzung für Kommunen und Ehrenamt

Unsere Bayernkoalition verdoppelt die staatlichen Zuschüsse an Bayerns Feuerwehren. **Von dieser richtigen Entscheidung werden die**



Foto: Michael Stifter/ iStock

Kommunen und ihre Feuerwehren massiv profitieren. Infolgedessen fließen zukünftig jedes Jahr etwa **20 Millionen Euro zusätzlicher Landesmittel** an Bayerns Kommunen.

Damit greifen wir den Städten und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben im Feuerwehrwesen kräftig unter die Arme und entlasten die kommunalen Haushalte zugunsten anderer Aufgaben. Das ist gut und

richtig so, **weil jeder in unsere ehrenamtlichen Heimatschützer investierte Euro bestens angelegtes Geld ist.** Wir als FREIE WÄHLER



Landtagfraktion **setzen uns bereits seit Jahren für mehr rechtlichen und finanziellen Handlungsspielraum zugunsten von Bayerns Feuerwehren ein.** Daher sind wir mehr als glücklich, dass das

Innenministerium unsere Forderungen nun endlich aufgreift und auch umsetzt. Mehr dazu [HIER!](#)

Schluss mit der Umverteilung auf Kosten Bayerns – wir brauchen einen fairen Finanzkraftausgleich!

Als Teil der Bayernkoalition vertreten wir vehement die Interessen der Menschen im Freistaat. Mit haushalts- und finanzpolitischer Stabilität und Vernunft sind wir damit Gegenmodell zur Berliner Ampelregierung. **Der Freistaat ist das größte Zahlerland mit fast 9,9 Milliarden Euro.** Das entspricht rund 740 Euro pro Einwohner. Die größten Empfängerländer sind Berlin und Bremen. **Es kann nicht sein, dass Bayern als Flächenland dauerhaft die Bundeshauptstadt Berlin und deren unseriöse**



Finanzpolitik subventioniert. Das wäre genauso, als wenn Ostbayern die Landeshauptstadt München finanzieren müsste. Es ist geradezu absurd, dass Berlin – anders als München – nicht der Motor, sondern der Notfallpatient des Landes ist. Der derzeitige Finanzkraftausgleich wurde zum 1. Januar 2020 als Neuordnung des bundesstaatlichen Ausgleichssystems eingeführt. Er hat den früheren Länderfinanzausgleich abgelöst und **gleicht Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausschließlich durch Zu- und Abschläge bei der Umsatzsteuer aus.** In den vergangenen Jahren hat der

Finanzkraftausgleich zu einer spürbaren Entlastung der finanzstarken Länder geführt. Dennoch haben Überlastungseffekte innen- und außenpolitischer Geschehnisse dazu geführt, dass das Vorhaben aus den

Fugen geriet. **Mit einer Verfassungsbeschwerde zum Finanzkraftausgleich machen wir uns deshalb für die Belange der Bürgerinnen und Bürger Bayerns stark.** Mehr gibt es [HIER](#).

Höchste Zeit für schnellere Asylverfahren: Wir fordern den Bundesgesetzgeber zum Handeln auf!

Die bayerischen Verwaltungsgerichte haben im ersten Quartal dieses Jahres eine erhebliche Zunahme an Asylverfahren vermeldet. **So hat es mit 3.600 Verfahrensneuzugängen eine Steigerung um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gegeben.** Diese Zunahme zeigt nach Auffassung

der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, dass wir dringend eine Beschleunigung der Asylverfahren brauchen. Daran werden auch die kürzlich von der EU beschlossenen Grenzverfahren



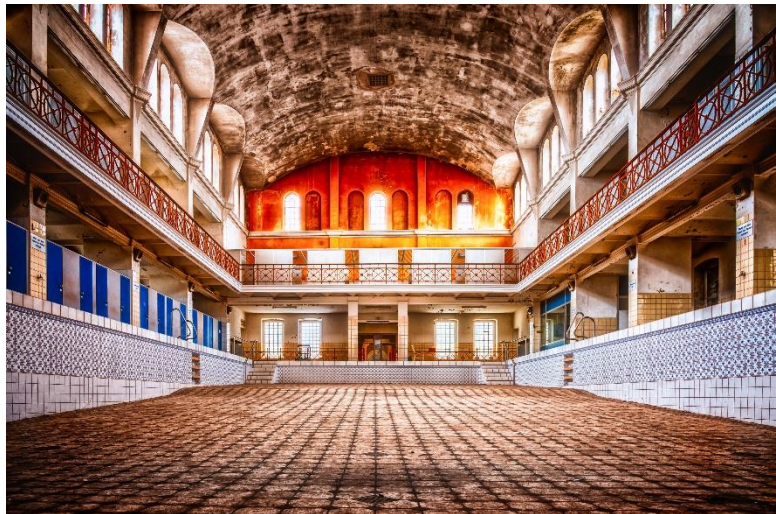
nichts ändern. Mit ihnen soll sichergestellt werden, dass Menschen mit geringer Aussicht auf ein Bleiberecht innerhalb der EU identifiziert und bei negativem Ausgang direkt abgeschoben werden. Die Grenzverfahren sind jedoch nur auf wenige Fälle anwendbar und zudem zahlenmäßig gedeckelt. Dass unsere Verwaltungsgerichte in Bayern dadurch eine Entlastung der von ihnen zu behandelnden Asylverfahren spüren, ist völlig unrealistisch. **Deshalb ist es höchste Zeit, die Asylverfahren in Deutschland deutlich zu beschleunigen.** Wie dies aussehen könnte, zeigt sich am Beispiel der Schweiz. Dort gibt es seit 2019 ein **beschleunigtes Asylverfahren, welches in 80 Prozent der Asylgesuche Anwendung findet.** In diesem beschleunigten Verfahren werden Asylgesuche von Ausländern aus Ländern mit sehr niedriger Anerkennungsquote **innerhalb**

von 48 Stunden entschieden. Welche durchaus positiven Folgen das hat, lesen Sie [HIER](#).

FREIE WÄHLER-Fraktion übt Kritik an weiterer Verschärfung der EU-Sanierungspflicht

Die Kritik der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion an der geplanten EU-Sanierungspflicht wird lauter. Brüssel legt die Latte für den Sanierungszwang nochmals höher. Die beabsichtigten Sanierungspflichten sollen für Wohngebäude ab 2033 und für alle sonstigen Gebäude ab 2030 gelten. Sie werden wohl knapp die Hälfte der vorhandenen Wohngebäude betreffen. **Das alles ist im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation und die bestehende Wohnungsnot ideologisch motivierter Irrsinn!** Diese Neuerungen treffen aber nicht nur Eigentümer – bereits jetzt können nach Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen auch **Mieten**

erhöht werden. Ein Mitspracherecht haben Mieter hierbei nicht. Statt des dringend benötigten Neubaus von Wohnraum sorgen Europäische Union und Bundesregierung dafür, dass sich das Wohnen bald niemand



mehr leisten kann. Und auch Wirtschaft und Kommunen sind betroffen. Sie sind gezwungen, erhebliche Finanzmittel in die Hand zu nehmen, um ihre Gebäude zu erneuern. Was das vor Ort konkret bedeutet? Nichts Gutes... Lesen Sie bitte [HIER](#) weiter.

Rekord-Kulturfonds im Landtag beschlossen: Mehr als 800.000 Euro für Bildung in Bayerns Fläche

Projekte mit kulturellem Schwerpunkt bayernweit in der Fläche fördern – das ist Ziel des Kulturfonds im Bereich Bildung. Er wurde vergangenen Donnerstag im Bayerischen Landtag beschlossen. Im Jahr 2023 unterstützt der Freistaat eine **Vielzahl neuer Vorhaben mit einer Rekordsumme von insgesamt mehr als 800.000 Euro**. Wegen der Corona-Pandemie und der anhaltend starken Inflation war und ist die Situation für Bayerns Kulturszene nach wie vor

schwierig. Deshalb wollen wir Kulturschaffende in diesem Jahr umso mehr unterstützen. Dies wurde erst durch den starken Einsatz der Mehrheitsfraktionen und der Staatsregierung möglich. Zusätzlich zu den



Mitteln für das Jahr 2023 können wir auch aus der Vergangenheit zur Verfügung stehende Gelder in innovative, kreative Projekte investieren. **Uns ist es ein Herzensanliegen, kultureller Bildung neuen Schwung zu verleihen und insbesondere kleinere Veranstalter mit geringer Finanzkraft anzusprechen** – trotz vielfältiger Herausforderungen. Der Kulturfonds Bildung ist in diesem Jahr besonders gelungen, weil wir den regulären Höchstfördersatz auf 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten anheben konnten. Mehr [HIER](#).

Untersuchungsausschuss „Zukunftsmuseum“ beendet Arbeit – wir finden: Auf ein solches Museum darf Nürnberg zurecht stolz sein!

Der Untersuchungsausschuss „Zukunftsmuseum“ des Bayerischen Landtags hat seine Arbeit vergangenen Montag erfolgreich beendet. Innerhalb weniger Monate ist es gelungen, den **Sachverhalt um das Zukunftsmuseum**

Nürnberg vollständig aufzuarbeiten – trotz andauernder politischer Selbstinszenierungen der

Oppositionsfraktionen. Für unsere Fraktion steht das Ergebnis der Beweisaufnahme fest:



Der Vorwurf, dass es sich bei dem Projekt um ,einen der größten Immobilienskandale in der Geschichte Bayerns` handeln soll, ist hanebüchen. Mehr lesen Sie [HIER](#).

Untersuchungsausschuss NSU II: Die Regierungsfaktionen ziehen Bilanz

Es war eine bislang beispiellose Verbrechenstserie: Neun rassistisch motivierte Morde an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund erschütterten zwischen 2000 und 2006 die Bundesrepublik – verantwortlich dafür war die **rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund** („NSU“). Doch im Untersuchungsausschuss NSU II. mussten wir vergangene Woche eine ernüchternde Bilanz ziehen: **Insgesamt konnte der Untersuchungsausschuss - trotz Beiziehung von über 12.000 Akten und zahlreicher Zeugenvernehmungen - kaum neue Erkenntnisse gewinnen.**

Dieser Umstand ändert nichts daran, dass die **Arbeit des Untersuchungsausschusses ein wichtiges Zeichen** darstellt. Aus Respekt vor den Opfern und ihren Hinterbliebenen wurde

nochmals alles versucht, um offene Fragen zu klären und den

NSU-Komplex möglichst vollständig aufzuklären. Die Beweisaufnahme hat gezeigt, dass insgesamt auf die gute Arbeit der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden vertraut werden kann. Mehr [HIER](#).



Die Abgeordneten **Wolfgang Hauber**, FREIE WÄHLER, (r.) und **Holger Dremel**, CSU bei der Präsentation des Abschlussberichts. Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER-Fraktion will Situation der Pflegefamilien in Bayern weiter verbessern

Kinder bedeuten für die meisten Menschen eine große Bereicherung im Leben. **Überforderung in Beruf, Haushalt und Kindererziehung, Schicksalsschläge, schlechte finanzielle Verhältnisse oder psychische Probleme können jedoch dazu führen, dass Eltern die Kindererziehung nicht mehr alleine schaffen.** In solchen Fällen bieten Pflegefamilien gerade für jüngere Kinder die Chance, dennoch in einer Familie aufzuwachsen. Die Entscheidung, ein Pflegekind aufzunehmen, hat jedoch **weitreichende Folgen für die Pflegefamilie, das Kind sowie seine leiblichen Eltern.** Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen die Situation von Pflegefamilien in Bayern daher weiter verbessern. Wie, lesen Sie [HIER](#).



Jungwildrettung: Wir setzen uns für eine Verbesserung des Drohneneinsatzes ein

Als FREIE WÄHLER-Fraktion fordern wir die Fortsetzung sowie **Verbesserung der Fördermöglichkeiten für den Drohneneinsatz bei der Jungwildrettung**. Denn derzeit kann über die Bundesförderung ein Zuschuss zum Kauf von Drohnen zur Rehkitzrettung nur durch Kreisjagdverbände, Jägervereinigungen und andere eingetragene Vereine beantragt werden. **Jagdgenossenschaften sind jedoch ausgeschlossen**. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts setzen sie sich aus den Eigentümern der Flächen einer Gemeinde zusammen. Dabei handelt es sich oftmals um Landwirte, die die Flächen bewirtschaften und daran interessiert sind, die **Rettung von Kitzen selbständig und flexibel durchzuführen**. Zudem wird über die Bundesförderung aktuell nur die Anschaffung von Drohnen mit Standardsoftware unterstützt. Der Erwerb spezieller Auswertungssoftware wird nicht gefördert – doch auf genau die kommt es an. Mehr [HIER](#).



Unsere Social-Media-Beiträge – danke fürs Teilen!

Der Wochendurchblick: Ein Hoch auf Bayerns Lebensretter – warum wir die Feuerwehrförderung verdoppeln!

Mit ihrem überragenden Engagement garantieren Bayerns Feuerwehren die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. **Doch angesichts hoher Inflation befinden sich die Kommunen im Freistaat in einer angespannten finanziellen Situation – und mit ihnen die Feuerwehren.** Wie wir dieses Problem seit 1. Juli erheblich entschärft haben, erfahrt Ihr im neuesten Wochendurchblick mit Florian Streibl: [HIER](#).



Die beste Steueridee des Jahres - was Hubert Aiwanger und die FREIEN WÄHLER im Landtag jetzt zur Entlastung der Menschen tun wollen

Ein steuerpolitischer Vorschlag des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger vergangene Woche sorgt für Schlagzeilen: „Die beste Steuer-Idee des Jahres“ betitelte die BILD-Zeitung einen Artikel zu den Plänen des FREIE WÄHLER-Vorsitzenden! **Bis zu 2.000 Euro pro Monat sollen demnach steuerfrei verdient werden können.** Wie das den Menschen helfen und sogar den Fachkräftemangel entspannen könnte, rechnet Euch unser Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring mal vor – in: **#FragFabian** – [HIER!](#)

**Wir wünschen Ihnen ein schönes
Wochenende.**



Euer #TEAMFRIEDL

www.hans-friedl.de

089-41262746 / 08141-2457983

**Impressum: Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26 b, 82239 Alling
Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck**
